



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**147,4 €/MWh**

Expe Spot DE-LU Day Base

GAS**53,98 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES**172.000**

angeschlossene Erneuerbare-Energien-Anlagen gab es zum Jahresende 2025 im Stromnetzgebiet des ostdeutschen Verteilnetzbetreibers Mitnetz Strom

STROMMARKT

Engere Energie-Kooperation zwischen EU und der Schweiz

F&E

Großes Potenzial für H2-Speicherung in Bayern

SMART METER

Thermondo und Octopus-Tochter kooperieren beim Smart-Meter-Rollout

Inhalt

TOP-THEMA

→ **WASSERSTOFF:** H2-Forum diskutiert Finanzierungslücken

POLITIK & RECHT

- **GAS:** LNG-Engpässe sorgen für Preissprünge beim Erdgas
- **GAS:** Energiemärkte: Österreichs Wirtschaftsminister rät zur Gelassenheit
- **POLITIK:** 250 Organisationen fordern eine Änderung der Energiepolitik
- **STATISTIK DES TAGES:** Investitionen in Photovoltaik in Deutschland 2004 bis 2024

HANDEL & MARKT

- **STROMMARKT:** Engere Energie-Kooperation zwischen EU und der Schweiz
- **REGULIERUNG:** Zusätzliche Datenanforderung bindet zu viele Ressourcen
- **REGULIERUNG:** Verbände nehmen kritisch Stellung zu AgNES
- **REGENERATIVE:** Hohe Anschlusszahlen bleiben eine Herausforderung
- **WÄRMEMARKT:** Heizbedarf im Februar völlig uneinheitlich

TECHNIK

- **F&E:** Großes Potenzial für H2-Speicherung in Bayern
- **KLIMASCHUTZ:** Enercity schaltet ersten Block des Kohlekraftwerks Stöcken ab
- **GEOTHERMIE:** EWG darf mehr Thermalwasser fördern
- **KÄLTETECHNIK:** MVV kühlt Käserei

UNTERNEHMEN

- **SMART METER:** Thermondo und Octopus-Tochter kooperieren beim Smart-Meter-Rollout
 - **WIRTSCHAFT:** Solaranlagen-Reiniger Sun-X in finanzieller Notsituation
 - **AUFTRAG:** Statkraft schickt Solarenergie aus Bayern nach Wuppertal
 - **STROMSPEICHER:** Total Energies verkauft Teil von deutschem Speicherportfolio an Allianz
 - **PERSONALIE:** SW Quedlinburg verpflichten zweiten Geschäftsführer
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Iran-Krieg treibt Energiemärkte weiter an
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

H2-Forum diskutiert Finanzierungslücken



Quelle: H2 Forum 2026

WASSERSTOFF. Auf dem H2 Forum in Berlin diskutierten Industrie, Finanzierer und Verbände über Finanzierungshemmnisse beim Wasserstoffhochlauf. Der BDEW schlägt parallel ein Wasserstoffgesetz vor.

Auf dem H2 Forum am 3. und 4. März in Berlin steht der Markthochlauf von Wasserstoff im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Turning vision into action“ diskutierten Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft und Verbänden über Projekte, regulatorische Rahmenbedingungen und technologische Entwicklungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Roland Schulze von der Europäischen Investitionsbank (EIB) betonte die Bedeutung realer Projekte für die Marktetablierung. Entscheidend sei es, umgesetzte Vorhaben sichtbar zu machen, Erfolgsfaktoren zu benennen und Hürden offen zu analysieren. Dabei rückten insbesondere Abnehmer in den Fokus.

Ohne verlässliche „Offtaker“ lasse sich die Skalierung vieler Vorhaben nicht finanzieren, da sie maßgeblich zur Absicherung von Erlösströmen beitragen. Die Förderkriterien der EIB für dedizierte Infrastruktur seien gut den Marktbedingungen angepasst, versicherte Schulze. Als wichtigste technische Herausforderungen bezeichnete er die Einsatzbereitschaft aller Teile der Wertschöpfungskette inklusive Speichern, Kompressoren und Endnutzern.

Berichte aus der Praxis

Heike Denecke-Arnold, Vorstandsvorsitzende der Salzgitter Flachstahl GmbH, berichtete von ersten Kunden, die Stahl aus treibhausgasarmer Produktion auf Wasserstoffbasis nachfragten. Gleichzeitig kritisierte sie politische Rahmenbedingungen. Signale aus Brüssel, Vorgaben etwa für die Automobilindustrie zeitlich zu strecken, erschwerten Investitionsentscheidungen.

Zudem seien die europäischen Vorgaben für CO₂-freien Wasserstoff aus ihrer Sicht zu eng gefasst und komplex ausgestaltet. Zunächst müsse die Wasserstoffwirtschaft in Gang kommen, bevor weitere Detailregulierungen griffen, forderte sie.

Auch internationale Wettbewerbsaspekte spielten eine Rolle. Sami Pelkonen, Executive Vice President Green Hydrogen bei der Andritz AG, wies darauf hin, dass europäische Regeln nur innerhalb der EU gälten.

In Märkten wie Brasilien trafen Anbieter auf Wettbewerber aus China unter anderen regulatorischen Bedingungen. Zu ambitionierte oder einseitige Vorgaben könnten daher die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, warnte er.



(v.li.): Moderator Thomas Hillig (THEnergy), Heike Denecke-Arnold (Salzgitter Flachstahl), Sami Pelkonen (Green Hydrogen Andritz Group) und Lennart Welter (Thyssen Krupp Nucera)

Quelle: Susanne Harmsen

Optimistischer äußerte sich Lennart Welter, Director Business Development bei Thyssenkrupp Nucera. Die Umstellung auf wasserstoffbasierte Produktionsprozesse sei technisch möglich. Voraussetzung sei jedoch, dass Erzeugungskapazitäten und Verteilinfrastruktur parallel hochliefen.

Derzeit seien viele Vertragsmodelle stark nachfrageseitig geprägt. Künftig müsse auch die Angebotsseite stärker abgesichert werden, etwa durch geeignete Finanzierungs- und Infrastrukturmodelle, die Investoren einbeziehen. Er berichtete vom Salzgitter-Projekt Y in Zusammenarbeit mit Andritz. Der Elektrolyseur habe die Stackmontage, Druckprüfung und TÜV-Zertifizierung bestanden. In Heroya, Norwegen, seien inzwischen 500 Stunden Betrieb erfolgreich absolviert worden.

Neben Projektbeispielen stehen politische Rahmenbedingungen und Marktstrategien im Fokus des H2-Forums. Laut einer Umfrage unter den Kongressteilnehmern glauben nur zwei Prozent, dass die EU ihr Ziel erreicht, bis 2030 jährlich 20 Millionen Tonnen erneuerbaren Wasserstoff jährlich zu beschaffen.

H2G-Vorschlag des BDEW

Parallel zum Forum erneuerte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) seine Forderung nach einem eigenständigen Wasserstoffgesetz. In einem Positionspapier unter dem Titel „Einführung eines Wasserstoffgesetzes ‚H2G‘ – Impuls für den konzertierten Markthochlauf“ spricht sich der Verband für ein zentrales Regelwerk aus.

BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae erklärte, der Hochlauf verlaufe stockend. Die Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 habe bislang nicht die erwartete Wirkung entfaltet, da zahlreiche Maßnahmen nur teilweise und verzögert umgesetzt worden seien. Es fehle an belastbaren Marktstrukturen, standardisierten Produkten und ausreichend zahlungsbereiter Nachfrage. Gleichzeitig befinde sich die Infrastruktur noch im Aufbau.

Aus Sicht des BDEW soll ein Wasserstoffgesetz klare Zuständigkeiten bündeln und Rechtssicherheit entlang aller Wertschöpfungsstufen schaffen. Es solle ordnungspolitische Vorgaben, Anreizmechanismen und Förderinstrumente miteinander verzahnen. Der Förderrahmen müsse planbar, zugleich aber degressiv und zeitlich begrenzt ausgestaltet sein.

Das [Positionspapier H2G des BDEW](#) steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Wojciech Wrzesien

LNG-Engpässe sorgen für Preissprünge beim Erdgas

GAS. Wegen des Krieges in Nahost steigt der Gaspreis im Großhandel auf den höchsten Stand seit Februar 2023. Verbraucher müssen sich zunächst wenig Sorgen machen.

Im Großhandel müssen Händler mit kurzfristigem Bedarf allerdings tief in die Tasche greifen. Hauptgrund ist ein fortgesetzter Lieferstopp von Flüssigerdgas (LNG) aus dem wichtigen Förderland Katar. Der Preis für den Erdgas-Terminkontrakt TTF zur Lieferung in einem Monat stieg am Morgen zeitweise auf 59,44 Euro/MWh. Er lag damit etwa 30 Prozent über dem Vortag. Wegen langfristiger Beschaffungsstrategien geben die Gasversorger steigende Börsenpreise nicht sofort und nicht in vollem Umfang an die Endkunden weiter. Verbraucher sind damit zunächst vor extremen Preissprüngen geschützt.

Anlage zum Export von LNG in Katar stillgelegt

Seit Beginn der Woche sind LNG-Exporte aus Katar gestoppt, nachdem eine wichtige Anlage zum Export von LNG nach einem iranischen Drohnenangriff stillgelegt worden war. Der Iran hat auch den Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus eingeschränkt, was zu zusätzlichen Engpässen im weltweiten Energiehandel führt. Eine erhöhte LNG-Nachfrage aus dem asiatischen Raum sorgte für zusätzlichen Preisdruck.

Noch stärker war der Gaspreis zuletzt zum Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vor vier Jahren gestiegen. Damals lagen die Notierungen an der Börse in Amsterdam zeitweise über 300 Euro/MWh.

Verbraucher weniger betroffen

Der starke Anstieg der Gas-Großhandelspreise an der Börse hat nach Einschätzung des Vergleichsportals Verivox keine direkten Auswirkungen für Haushaltskunden. Grund seien deren zumeist längerfristige Verträge, erklärte das Portal. „Preisänderungen an den Börsen wirken sich erst mit einem Zeitverzug von bis zu zwölf Monaten auf die Gaspreise für Verbraucherinnen und Verbraucher aus“, sagte ein Sprecher.

Nach Angaben des Energieverbandes BDEW kaufen die meisten Energieversorger das Erdgas langfristig ein, um starke Preisschwankungen abzufedern. Dies bedeute, dass steigende Börsenpreise nicht sofort und nicht in vollem Umfang an die Endkunden weitergegeben würden.

Mahnung zum Ausbau der Erneuerbaren

Zahlreiche Stimmen aus Politik und Wirtschaft mahnen unterdessen, als Konsequenz aus der Eskalation im Nahen Osten und den Preissprüngen bei den fossilen Brennstoffen, wieder verstärkt den Ausbau der erneuerbaren Energien ins Visier zu nehmen.

Zum Beispiel Wolfgang Weber, Vorsitzender der Geschäftsführung des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI): „Das energiepolitische Dreieck aus Preisstabilität, Klimaschutz und Versorgungssicherheit muss gerade auch in diesen geopolitisch angespannten Zeiten Maßstab der Energiepolitik sein.“

Die jüngste Eskalation im Nahen Osten zeige, wie direkt geopolitische Konflikte in einer zentralen Transitregion für fossile Energien auf Preise und Versorgungssicherheit in Deutschland durchschlagen – und so Industrie, Mittelstand und Verbraucher unmittelbar treffen.

„Das macht mehr als deutlich, wie dringend und entschlossen wir die Abhängigkeit von volatilen fossilen Importen in Deutschland und Europa verringern müssen. Den größten Hebel dafür haben wir an der Hand: Die Elektrifizierung auf Basis erneuerbarer Energien.“

Deshalb braucht es jetzt klare Prioritäten beim Ausbau und der Digitalisierung der Netze, beim Ausbau der Erneuerbaren und bei Speichern sowie verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen seitens der Bundesregierung. „Jetzt ist nicht der Moment, Tempo rauszunehmen oder gar die Richtung zu wechseln.“

// VON DPA / GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Energiemärkte: Österreichs Wirtschaftsminister rät zur Gelassenheit



Quelle: Shutterstock / VladSV

GAS. Der für Energie zuständige Spitzenpolitiker hat eine Arbeitsgruppe zur Marktbeobachtung aufgrund des Nahostkrieges eingerichtet.

Keinen Anlass zur Sorge hinsichtlich der Entwicklungen auf den Energiemärkten sieht Österreichs Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) angesichts des Kriegs im Iran.

Das betonte der Minister bei einer Pressekonferenz in Wien am 3. März. Hattmannsdorfer erläuterte, Österreichs Gasspeicher seien zu rund 36 Prozent befüllt. Der Füllstand liege bei insgesamt 36 Milliarden kWh, was etwas weniger als der Hälfte des Jahresbedarfs von 78,2 Milliarden kWh entspricht.

„Angesichts der zu erwartenden Temperaturentwicklung bin ich zuversichtlich, dass wir Ende des Winters bei deutlich über 25 Prozent liegen werden.“ Etwa 20 Milliarden kWh entfallen auf die strategische Gasreserve der Republik. Im Erdölsektor verfügt Österreich über eine Notstandsreserve von rund 2,65 Millionen Tonnen, mit der etwa ein Viertel des Jahresbedarfs gedeckt werden kann.

Hattmannsdorfer ergänzte, die Lage sei nicht mit der zur Zeit des russischen Einmarschs in der Ukraine Anfang 2022 vergleichbar: „Damals waren wir von russischen Gaslieferungen abhängig. Heute haben wir gut diversifizierte Bezugsquellen.“ Dies betreffe auch verflüssigtes Gas (LNG), von dem nur etwa 15 Prozent aus dem von einer möglichen Sperre der Straße von Hormuz betroffenen Emirat Katar stammten.

Ferner habe das Wirtschaftsministerium (BMWET) eine Arbeitsgruppe („Task Force“) eingerichtet, der unter anderem Fachleute der Regulierungsbehörde E-Control sowie des Wirtschaftsforschungsinstituts angehören. Diese erarbeite täglich anhand von 18 Indikatoren Handlungsempfehlungen an die Regierung. Wie sich die Öl- und Gaspreise entwickeln, bleibe abzuwarten. Dass die Märkte auf Ereignisse wie jene um den Iran zumindest mit kurzfristigen Preisanstiegen reagieren, sei klar. Insofern empfehle sich eine gewisse Gelassenheit.

Keine Eile beim Krisenmechanismus

Hattmannsdorfer sieht deshalb auch keinen Grund, die Arbeiten am Krisenmechanismus für Eingriffe bei den Energiepreisen zu forcieren. Michaela Schmidt, die Regierungskoordinatorin der Sozialdemokraten (SPÖ), hatte am 2. März den diesbezüglichen dringenden Wunsch ihrer Partei formuliert. Die im Rahmen des geplanten Krisenmechanismus vorgesehene Deckelung des Nettostrompreises bei 10 Cent/kWh „muss jetzt rasch umgesetzt werden“.

Hattmannsdorfer entgegnete auf Anfrage der Redaktion, die Arbeiten an dem Mechanismus, der auf auf dem EU-Recht basiert, seien weiterhin im Gang. Bereits verständigt habe sich die Regierung, der neben der ÖVP und der SPÖ auch die Liberalen (Neos) angehören, darauf, die Grenzwerte für das Inkraftsetzen des Mechanismus zu unterschreiten.

EU-rechtlich ist die zeitweilige Einführung des 10-Cent-Deckels unter anderem zulässig, wenn der Großhandelspreis für Strom mindestens sechs Monate in Folge bei über 180 Euro/MWh liegt. „Aber die derzeitige Situation veranlasst uns nicht, irgendwelche Instrumente einzusetzen“, betonte Hattmannsdorfer.

Vorsicht bei der Merit Order

Um die Frage, ob der Staat zwecks Senkung der Strompreise in den Großhandelsmarkt eingreifen soll, ging es am 2. März auch bei einer Podiumsdiskussion auf Einladung des Elektrizitätswirtschaftsverbands Oesterreichs Energie. Lion Hirth, Ökonom an der Hertie School Berlin, riet diesbezüglich zur Zurückhaltung. Die viel kritisierte Merit Order sei keineswegs eine Besonderheit des Strommarkts: „Sie beschreibt einfach nur die Preisbildung nach Grenzkosten, die es auf allen Märkten gibt.“

Folglich seien Eingriffe schwierig: „Bestenfalls würden sie zu teuren Fehlallokationen führen, schlimmstenfalls zu Versorgungsproblemen.“ Sinnvoll ist laut Hirth, die Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien sowie die weitere Steigerung der Energieeffizienz auf allen Ebenen zu forcieren.

Ähnlich argumentierte der Präsident von Oesterreichs Energie, Michael Strugl, der dem Stromkonzern Verbund als Generaldirektor vorsteht. Alles in allem habe sich die Merit Order bislang bewährt: „Der Markt funktioniert grundsätzlich.“ Wenn in Österreich trotz des weit überwiegenden Anteils erneuerbarer Energien an der Bedarfsdeckung immer wieder hohe Strompreise aufträten, sei dies der Tatsache geschuldet, „dass das Jahr 8.760 Stunden hat“. Und nicht in jeder Stunde stünden die „Erneuerbaren“ zur Verfügung.

In diesen Fällen setzten üblicherweise Gaskraftwerke die Preise. Wer dies nicht wolle, müsse die mit Gas befeuerten Anlagen durch den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien aus dem Markt drängen.

// VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

250 Organisationen fordern eine Änderung der Energiepolitik



Quelle: Shutterstock / nitpicker

POLITIK. Über 250 Organisationen unterstützen einen Appell von Bürgerenergieinitiativen für verlässliche Energiegesetze. Neun Energieunternehmen fordern Änderungen am Netzpaket.

Mehr als 250 Genossenschaften, kleine und mittlere Unternehmen, Vereine und Initiativen haben sich einem Appell des Bündnisses Bürgerenergie (BBEN), der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) und des Solarenergiefördervereins Deutschland (SFV) angeschlossen. Die Verbände hatten am 20. Februar unter dem Titel „Netzpaket gefährdet dezentrale Energiewende“ zur Mitzeichnung aufgerufen.

Harald Uphoff, Vorstand des BBEN, erklärte, zahlreiche Organisationen sendeten ein klares Signal: Bürgerenergie sei eine tragende Säule der Energiewende und brauche verlässliche politische Rahmenbedingungen. Wer Investitionssicherheit schwäche oder neue Unsicherheiten schaffe, gefährde regionale Wertschöpfung und gesellschaftliche Teilhabe.

Aus Sicht der Initiatoren verschärfen aktuelle Entwicklungen die Lage. Neben der Debatte um ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz verunsichere die Branche ein geleakter Arbeitsentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit Stand vom 22. Januar 2026. Die Verbände sprechen von einem kumulativen Risiko für Investitionsbereitschaft und Planungssicherheit bei Bürgerenergieprojekten, im Mittelstand und in Kommunen.

Unternehmen gegen das Netzpaket

Parallel dazu haben sich neun Unternehmen aus Energie- und Technologiesektor mit einem offenen Brief an die Ministerin gewandt. Zu den Unterzeichnern zählen nach eigenen Angaben unter anderem Rabot Energy, Ostrom, Tibber, GP Joule, Tado, Kiwigrid, Lichtblick, Green Planet Energy und Polarstern.

Das Bündnis warnt vor einer energiepolitischen Richtungsentscheidung mit weitreichenden Folgen für Investitionen, Innovation und Versorgungssicherheit. Ein regulatorischer Fokus auf Anschlussstopps oder pauschale Kapazitätsbegrenzungen wie im Netzpaket des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWE) würde nach Einschätzung der Unternehmen Investoren verunsichern und das Vertrauen in einen planbaren Transformationspfad schwächen.

„Gerade in einer Phase hoher Investitionen in Wärmepumpen, Elektromobilität, Speicher und dezentrale Erzeugung braucht es klare Signale für Verlässlichkeit“, so das Bündnis. Die Transformation des Energiesystems sei längst ein Digitalisierungsprojekt, heißt es in dem Schreiben. Intelligente Steuerung, automatisierte Lastverschiebung und dynamische Netzentgelte könnten bestehende Kapazitäten effizienter nutzen.

PV ist wichtiger Baustein der Energiewende

Frank Späte, Präsident der DGS, warnt laut Mitteilung, die Abschaffung der Einspeisevergütung für kleine Solaranlagen würde einen wichtigen Baustein der Energiewende schwächen. Er fordert Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche auf, die bestehende Dynamik nicht zu gefährden.

Susanne Jung, Geschäftsführerin des SFV, weist den Vorwurf zurück, Photovoltaikanlagen von Bürgerinnen und Bürgern seien verantwortlich für Netzengpässe oder steigende Kosten. Wer das Ende von „Produce & Forget“ fordere, müsse auch Netze, digitale Infrastruktur und Speicher ausbauen sowie stabile Rahmenbedingungen schaffen. Die Verbände kündigen an, ihre Forderungen gemeinsam mit den Mitzeichnenden an das BMWE zu übergeben.

Konkret plädieren die Unternehmen für Planungssicherheit statt dauerhafter Kapazitätsbeschränkungen, für einen beschleunigten Smart Meter Rollout sowie für Anreizsysteme zur automatisierten Laststeuerung. Zudem regen sie die Einrichtung eines praxisnahen Expertenrats für intelligente Netzsteuerung beim BMW an.

Sowohl die Verbände der Bürgerenergie als auch das Unternehmensbündnis verknüpfen ihre Kritik mit dem Angebot zum Dialog. Vor der anstehenden Kabinettsentscheidung zum Netzpaket fordern beide Seiten eine Ausgestaltung, die Investitionen in dezentrale Strukturen ermöglicht und digitale Steuerung stärker berücksichtigt.

Eine [Mitzeichnung des Netzpaket-Appells](#) ist bis 08.03.26 möglich. // VON SUSANNE HARMSSEN

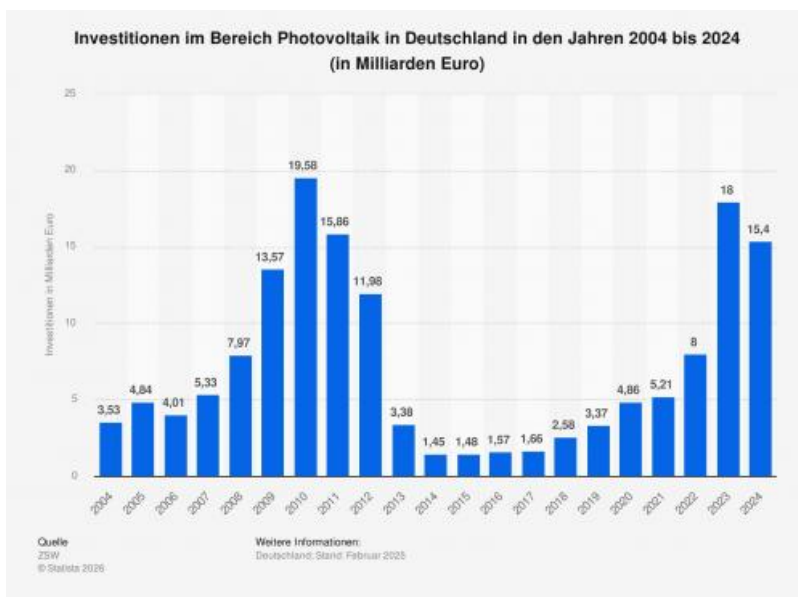
[^ Zum Inhalt](#)

Investitionen in Photovoltaik in Deutschland 2004 bis 2024



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken [Quelle: Statista](#)

Die Statistik zeigt die Entwicklung der Investitionen im Bereich Photovoltaik in Deutschland in den Jahren 2004 bis 2024. Im Jahr 2024 wurden in Deutschland rund 15,4 Milliarden Euro in die Photovoltaiktechnologie investiert. // VON REDAKTION

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / peopleandmore

Engere Energie-Kooperation zwischen EU und der Schweiz

STROMMARKT. Ein umfassendes Abkommen zum Strommarkt zwischen der EU und der Schweiz ist am 2. März unterzeichnet worden. Die Landesregierung Baden-Württemberg war als Vermittler tätig.

Die EU und die Schweiz haben nach jahrelangem Ringen neue Abkommen zur Stabilisierung und zum Ausbau ihrer Beziehungen geschlossen. Die in Brüssel unterzeichneten Vereinbarungen sollen eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Strommarkt sowie bei der Lebensmittelsicherheit und im Gesundheitsbereich ermöglichen. Zudem haben sie zum Ziel, Schweizer Unternehmen in klar festgelegten Bereichen eine ungehinderte Beteiligung am EU-Binnenmarkt zu garantieren.

Im Gegenzug verpflichtet sich die Schweiz nach einem Bericht der Deutschen Presseagentur, EU-Recht zu übernehmen und Zahlungen zur Unterstützung strukturschwacher EU-Regionen zu leisten. Letztere sollen sich ab 2030 auf jährlich 350 Millionen Franken (gut 385 Millionen Euro) belaufen. Bisher sind es etwa 130 Millionen Franken im Jahr.

Kernelemente des Strommarkt-Abkommens:

- Die Vereinbarung soll es der Schweiz und EU-Netzbetrieben ermöglichen, Strom reibungslos grenzüberschreitend zu handeln und zu transportieren. Das bedeutet für die Schweiz, dass sie künftig rechtlich abgesichert Zugang zum EU-Strombinnenmarkt erhält. Bisher erfolgte das ohne klare vertragliche Grundlage.
- Schweizer Strommarkt-Akteure sollen gleichberechtigt am EU-Innenmarkt teilnehmen können, etwa am Handel an Strombörsen oder bei Kapazitätsauktionen.
- Parallel soll die Schweiz ihre Marktöffnung im Inland weiterentwickeln, damit auch dort Verbraucher und Unternehmen mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit bekommen.
- Eines der wichtigsten Elemente ist die rechtliche Absicherung grenzüberschreitender Stromtransporte: In Krisensituationen sollen keine einseitigen Export- oder Importbeschränkungen möglich sein, die den Stromfluss beeinträchtigen.
- Das Abkommen fordert verstärkte technische Zusammenarbeit, etwa bei Netzsteuerung, Kapazitätsoptimierung und Systemstabilität. Swissgrid und europäische Netzbetreiber sollen stärker in

gemeinsame Prozesse eingebunden werden, was eine effizientere Nutzung der Infrastruktur ermöglicht.

Frühere Studien im Zusammenhang mit dem Abkommen deuteten darauf hin, dass die Strompreise in der Schweiz auf längere Sicht sinken könnten, weil Importe und Wettbewerb zunehmen. Im Vergleich zu einem Szenario ohne Abkommen sind solche Preisvorteile prognostiziert worden.

„Dieses wegweisende Paket spiegelt die strategische Bedeutung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Schweiz wider. Und das bedeutet, dass unsere Zusammenarbeit voll und ganz auf die Realitäten und Ambitionen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet ist“, erklärte Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, in einer Stellungnahme. Durch die Modernisierung und Vertiefung der Verbindungen zwischen Schlüsselsektoren – von Handel und Verkehr bis hin zu Gesundheit und Energie – würde die Rechtssicherheit gestärkt, Innovationen gefördert und neue Chancen für Bürger und Unternehmen in der EU geschaffen.

Positive Stimmen aus Baden-Württemberg

Aus Baden-Württemberg, das vermittelnd am Zustandekommen der Vereinbarung beteiligt war, gab es ebenfalls positive Reaktionen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in einer Mitteilung der Staatskanzlei: „Insbesondere für unsere Grenzregionen zur Schweiz – vom Bodensee bis zum Oberrhein – bringt das Vertragspaket deutliche Verbesserungen.“

Die Wirtschaftsministerin in Baden-Württemberg, Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU), kommentierte das Abkommen ebenfalls: „Mit der Unterzeichnung des Vertragspakets zwischen der Europäischen Union und der Schweiz in Brüssel ist ein weiterer wichtiger Meilenstein im laufenden Ratifizierungsprozess geschafft. Damit rücken für unsere baden-württembergischen Unternehmen Planungssicherheit sowie der Abbau von bürokratischen Hürden und technischen Handelshemmnissen in greifbare Nähe.“ // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Zusätzliche Datenanforderung bindet zuviele Ressourcen



Gebäude der Bundesnetzagentur in Bonn.
Quelle: Bundesnetzagentur

REGULIERUNG. Die Bundesnetzagentur hat die künftige Datenerhebung zur Netzleistungsfähigkeit der Stromnetzbetreiber bekannt gegeben. Dies belastet Energieunternehmen über Gebühr, kritisiert der BDEW.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bemängelt die zusätzliche Datenerhebung im Rahmen der Qualitätsregulierung der Bundesnetzagentur. Diese hatte am 27. Februar eine Festlegung zur künftigen Datenerhebung zur Netzleistungsfähigkeit der Stromnetzbetreiber getroffen. BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae nennt diese zu kleinteilig und aufwendig.

Die Energiewirtschaft halte ebenfalls leistungsfähige Netze für eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Regulierung solle daher Investitionen und Handlungsspielräume stärken und nicht zusätzliche operative Belastungen schaffen, moniert Andreae.

„Grundsätzlich begrüßen wir das Ziel der Bundesnetzagentur, Netzbetreiber zu belohnen, die bei der Digitalisierung ihrer Stromnetze eine besondere Leistungsfähigkeit und Kompetenz unter Beweis stellen“, sagte sie. Die nun beschlossene Datenerhebung führe jedoch mit 250 teils nur aufwendig erhebbaren und zu schätzenden Datenpunkten zu erheblichen administrativen und organisatorischen Aufwänden für die Netzbetreiber. Dies sei in einer Phase, in der die verfügbaren Ressourcen vorrangig für Netzausbau und

Transformation benötigt werden, kontraproduktiv.

Verbesserungsvorschläge nicht berücksichtigt

Zwar hätten die Verbände im Dialog mit der Behörde einzelne Konkretisierungen bei Datendefinitionen erreicht. „Im Ergebnis muss aber konstatiert werden, dass zahlreiche Verbesserungsvorschläge von Netzbetreibern und unserem Verband nicht aufgenommen wurden“, bedauert Andreae.

Insbesondere Hinweise, dass einzelne abgefragte Daten in der Praxis häufig nicht vorliegen und nur über Annahmen oder Schätzungen ermittelt werden können, wurden nicht umgesetzt. „Dies wirkt sich unmittelbar auf die Datenqualität aus und stellt die Belastbarkeit sowie Vergleichbarkeit eventuell daraus abzuleitender Kennzahlen infrage“, befürchten die Netzbetreiber.

Die Bundesnetzagentur bewerte den Nutzen der Datenerhebungen generell höher als den Aufwand. Und auch den finanziellen Aufwand für die erforderlichen IT-Umstellungen der Netzbetreiber sehe die Regulierungsbehörde immer pauschal als verhältnismäßig an.

„Wir fordern, dass die Behörde in ihren Festlegungen – wie auch jedes Ministerium bei Gesetzesvorlagen – den Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft berechnet und zur Diskussion stellt“, forderte die BDEW-Vertreterin. Auch die Behörde solle die politischen Maßgaben zur Reduzierung der Bürokratie beachten, appellierte Andreae. // **VON SUSANNE HARMSSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

Verbände nehmen kritisch Stellung zu AgNES



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

REGULIERUNG. Der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES) und der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) haben unterschiedlich zur AgNES-Konsultation der Bundesnetzagentur Stellung genommen.

Der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES) nimmt kritisch Stellung zum Orientierungspunktepapier „Speicherentgelte“ im Rahmen des AgNES-Verfahrens der Bundesnetzagentur. AgNES bezeichnet die „Allgemeine Netzentgeltsystematik Strom“. Der Verband fordert ein Netzentgeltdesign, das Flexibilität durch Speicher anreizt. Aus dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) kommt vor allem Skepsis gegenüber zunehmender Komplexität durch die vorgelegten Regelungen.

Der VKU begrüßt die transparente Darstellung der Überlegungen. Dynamische Netzentgelte müssten nachweislich Engpässe reduzieren und Systemkosten senken, doch eine belastbare Kosten-Nutzen-Analyse für Investitionen der Netzbetreiber und laufende Transaktionskosten liege bislang nicht vor. Insbesondere die Umsetzbarkeit sieht der Verband kritisch.

Der VKU bezweifelt zudem, dass die Einbeziehung von Netzkunden in unteren Netzebenen ein angemessenes Aufwand-Nutzen-Verhältnis biete. Die Beiträge einzelner Kunden zur Engpassvermeidung seien gering, zugleich müssten umfangreiche Prozesse für Information, Parametrierung und Abrechnung aufgebaut werden. Preissignale kämen bei vielen Anschlussnutzern nicht direkt an, da Lieferanten als Netznutzer agierten.

Weitergabe von Netzentgelten problematisch

Kritisch bewertet der VKU auch die Weitergabe dynamischer Entgelte über Netzebenen hinweg. Netzbetreiber könnten so mittelbar die Netzsicherheit anderer Betreiber beeinflussen. Sollte die Bundesnetzagentur an ihrem Ansatz festhalten, müssten ausreichende Analyse- und Reaktionszeiten vorgesehen werden.

Der BVES fordert eine Systematik sein, die Stromspeicher als Infrastruktur zur Netz- und Systemsicherung stärke, Engpässe adressiere und den privatwirtschaftlichen Ausbau nicht gefährde. Laut BVES summieren sich die positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte von Speichern auf mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr. Speicher trügen dazu bei, Redispatchkosten zu senken, Solarspitzen zu integrieren und negative Preise zu begrenzen.

Vertrauensschutz für Netzentgeltbefreiung

BVES-Vorstandsmitglied Georg Gallmetzer hält den notwendigen Flexibilitätsausbau in Deutschland für weitgehend privatwirtschaftlich finanzierbar. Dafür brauche es jedoch einen verlässlichen regulatorischen Rahmen. „Ein nicht gebauter Speicher zahlt keine Netzentgelte und senkt auch keine Systemkosten“, mahnt er. Diese Logik müsse im AgNes-Verfahren berücksichtigt werden.

Die Verbände warnen vor anhaltender regulatorischer Unsicherheit. Großspeicher hätten mehrjährige Entwicklungs- und Finanzierungszyklen. Unklare Rahmenbedingungen wirkten sich unmittelbar auf Risikoaufschläge und Investitionsentscheidungen aus. Laut BVES würden bereits Projekte gestoppt oder verschoben.

Ein zentraler Punkt ist der Vertrauensschutz rund um die Netzentgeltbefreiung nach Paragraph 118 Absatz 6 Energiewirtschaftsgesetz. Investoren hätten auf Basis des bestehenden Planungshorizonts entschieden. Der Verband fordert eine investitionsschützende Übergangsregelung und eine transparente Kommunikation, damit Projekte bis 2029 nicht in eine Finanzierungslücke geraten. Inhaltlich setzt der Verband auf dynamische Netzentgelte als Kerninstrument. Zeit- und ortsvariable Entgelte könnten netzdienliches Verhalten anreizen und Systemkosten senken, sofern sie schrittweise eingeführt würden.

Im Kern stehen sich damit unterschiedliche Akzente gegenüber: Während der BVES dynamische Entgelte als zentrales Instrument für Investitionssicherheit und Systemeffizienz einordnet, warnt der VKU vor Komplexität, Umsetzungsrisiken und fehlender Kostenklarheit. Die Bundesnetzagentur steht vor der Aufgabe, im AgNes-Verfahren eine Systematik zu entwickeln, die sowohl Investitionsanreize als auch Praktikabilität berücksichtigt. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Hohe Anschlusszahlen bleiben eine Herausforderung



Quelle: Shutterstock / lovelyday12

REGENERATIVE. Der Netzbetreiber Mitnetz Strom in Mitteldeutschland zieht eine Bilanz zum Anschluss von Erneuerbare-Energien-Anlagen und neuen Verbrauchseinrichtungen. Grundsätzlich ist sie positiv.

Der ostdeutsche Verteilnetzbetreiber Mitnetz Strom hat 2025 erneut einen deutlichen Zuwachs bei Erneuerbaren-Erzeugungsanlagen und steuerbaren Verbrauchseinrichtungen verzeichnet. Wie das Unternehmen mitteilt, stieg die Zahl der angeschlossenen Erneuerbare-Energien-Anlagen um 18 Prozent auf mehr als 172.000. Die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien erhöhte sich um mehr als zehn Prozent auf fast 13.580 MW.

Der ostdeutsche Verteilnetzbetreiber Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (Mitnetz Strom) mit Sitz in Kabelsketal betreibt in Teilen Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen das Stromnetz für etwa 2,3 Millionen Menschen. Der Netzbetreiber gehört zur Chemnitzer „EnviaM“, die mehrheitlich zur Eon-Gruppe gehört.

„In den vergangenen zehn Jahren hat sich die installierte Leistung aus Erneuerbaren damit fast verdoppelt, die Anzahl der Erzeugungsanlagen sogar deutlich mehr als vervierfacht“, teilt der Netzbetreiber mit.

Photovoltaik hatte mit knapp 55 Prozent den höchsten Anteil an der installierten Leistung der erneuerbaren Energien, der Anteil der Windkraft lag bei über 41 Prozent. Der verbleibende Anteil entfiel auf Wasserkraft, Biomasse sowie Deponie-, Klär- und Grubengas.

Die Anzahl der Photovoltaik-Anlagen stieg weiter rasant auf fast 169.000 Stück, ein Zuwachs von fast 19 Prozent. Treiber des Anstiegs waren vor allem Steckersolaranlagen, deren Zahl um 51 Prozent auf fast 45.600 Anlagen zunahm. Die Balkonkraftwerke hätten allerdings „kaum einen Einfluss auf die installierte Leistung, da sie mit maximal 800 W vorrangig der Eigenbedarfsdeckung dienen“, so das Unternehmen.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Mitnetz Strom

Auch bei neuen steuerbaren Verbrauchseinrichtungen wie Wallboxen, Wärmepumpen und Stromspeichern setzte sich der Zuwachs fort. Im vergangenen Jahr wurden über 14.000 dieser Anlagen neu angemeldet. Insgesamt waren mehr als 110.000 dieser Einrichtungen an das Verteilnetz angeschlossen, was einer Steigerung von knapp 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Besonders groß war der Zuwachs bei Stromspeichern mit 23 Prozent, Wallboxen legten um 15 Prozent und Wärmepumpen um fast vier Prozent zu.

Kai Richter, seit Dezember 2025 kaufmännischer Geschäftsführer von Mitnetz Strom, bewertet die Entwicklung zwar insgesamt positiv, verweist aber zugleich auf operative Herausforderungen.

„Zur Wahrheit gehört auch, dass die hohen Anschlusszahlen uns weiterhin vor große prozessuale Herausforderungen stellen und es zu längeren Wartezeiten kommen kann. Betroffene Kunden möchte ich um Verständnis bitten und versichern, dass wir unser Bestes geben, um aufgelaufene Bearbeitungsrückstände so schnell wie möglich abzarbeiten.“ // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Heizbedarf im Februar völlig uneinheitlich



Quelle: Fotolia / sasel77

WÄRMEMARKT. Laut Gradtagszahlen musste im Februar in der einen Stadt mehr geheizt werden als im Vorjahresmonat, in der anderen Stadt wesentlich weniger.

Die am 3. März vom Deutschen Wetterdienst (DWD) veröffentlichten Gradtagszahlen vom Februar 2026 zeigen in fünf ausgewählten Großstädten einen uneinheitlichen Heizbedarf.

Gemäß der Daten, die die Rohstoffdaten-Plattform Matflinx vom DWD bezogen hat und nach Berechnungen dieser Redaktion war der Februar in Berlin, Hamburg, München, Frankfurt am Main und Essen schon mal durchgehend wärmer als der Januar 2026.

Den Heizrekord seit 2018 hält in allen fünf Städten der Februar 2018, während genauso überall im Februar 2024 der relativ geringste Heizbedarf herrschte.

Im Vergleich zum Februar 2025 stiegen die Gradtagszahlen in Berlin und Hamburg. In Essen, Frankfurt am Main und München sanken sie dagegen. Am Messpunkt Essen-Bredeneby war es sogar ein regelrechter Absturz von 448,9 Gradtagen auf 392,6 Gradtage.

Gradtagszahlen

Gradtagszahlen sind ein täglich in Kelvintagen erhobenes und auf Monate kumuliertes Maß für den monatlichen Heizbedarf, geht aus Erläuterungen des DWD hervor. Sie ergeben sich aus der Differenz der Norm-Innentemperatur im Wohnhaus von 20 Grad Celsius und der örtlichen Außentemperatur in Kelvin. Bei Außentemperaturen von +15 Grad oder wärmer lautet die tägliche Gradtagszahl auf null.

Wird der Erdgasverbrauch wie üblich nur einmal im Jahr abgelesen, dann wird er nach den Gradtagen auf die Monate verteilt, damit sich unterjährliche Preisanpassungen oder Vertragswechsel verbrauchsgerecht zuordnen lassen.

Gradtagszahlen¹⁾ Februar 2026 im Februar-Vergleich

Berlin-Tempelhof		Essen-Bredeneby			Frankfurt/Main			Hamburg-Fuhlsbüttel			München Stadt		
Februar 2026	Februar 2025	Februar 2026	Februar 2025	Februar 2026	Februar 2025	Februar 2026	Februar 2025	Februar 2026	Februar 2025	Februar 2026	Februar 2025		
525,2	512,3	392,6	448,9	403,2	471,6	528,2	500,9	432,8	493,2				
Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)	Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)	Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)	Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)		
466,1	582,4 (2018)	369,1 (2024)	410,7	503,9 (2018)	354,9 (2024)	433,0	560,3 (2018)	343,1 (2024)	464,0	584,4 (2018)	389,5 (2024)		
										453,4 (2018)	610,4 (2018)	354,1 (2024)	

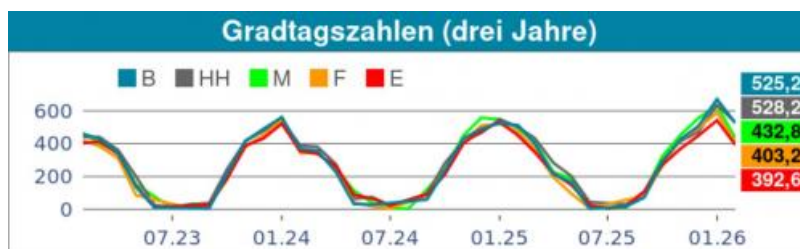
¹⁾ Werte in Kelvin Tagen gemäß VDI 3807

Quelle: Deutscher Wetterdienst

Die Gradtagszahlen vom Februar 2026 in fünf deutschen Großstädten im Vergleich zum Vorjahresmonat und zum Schnitt, zum Maximum und zum Minimum der Februare seit 2018.

Zum Vergrößern bitte auf die Tabelle klicken

Quelle: DWD / Matflinx



Die Gradtagszahlen vom März 2023 bis zum Februar 2026 (Messpunkte: B=Berlin-Tempelhof, HH=Hamburg-Fuhlsbüttel, M=München Stadt, F=Frankfurt am Main, E=Essen-Bredeneby).

Zum Vergrößern bitte auf die Tabelle klicken

Quelle: DWD / Matflinx

// VON GEORG EBLE

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

🔧 TECHNIK



Quelle: Shutterstock / Alexander Limbach

Großes Potenzial für H₂-Speicherung in Bayern

F&E. Die „SpeicherCheck“-Studie untersucht das Potenzial süddeutscher Porenspeicher für die Wasserstoffspeicherung. Jetzt liegen erste Ergebnisse vor.

Die „SpeicherCheck“-Studie der TU München und der Montanuniversität Leoben (Österreich) beziffert das statische Wasserstoffspeicherungspotenzial im bayerischen Molassebecken auf 12,6 bis 25,2 TWh. Grundlage der Untersuchung ist die Auswertung der geförderten Erdöl- und Erdgasvolumina von 58 Lagerstätten.

Auf dieser Basis wurde der durch Förderung freigewordene Porenraum ermittelt und unter Speicherbedingungen rechnerisch mit Wasserstoff befüllt. Ergänzend erfolgten eine erste Abschätzung zu salinaren Aquiferen sowie einfache wirtschaftliche Betrachtungen.

Die Bandbreite des Potenzials hängt vom angenommenen Arbeitsgasanteil ab. 96 Prozent des Gesamtpotenzials ohne Berücksichtigung salinärer Aquifere entfallen dabei auf die 25 größten Lagerstätten. 95 Prozent der Kapazitäten liegen im südöstlichen Teil des Molassebeckens.

Mit 39 Prozent entfällt der größte Anteil auf fünf aktive Erdgasspeicher, weitere 37 Prozent auf 27 ausgeförderte Gaslagerstätten. Allein die aktiven Erdgasspeicher erreichen ein Potenzial von fünf bis zehn TWh und damit einen signifikanten Anteil am bundesweiten Wasserstoffspeicherungspotenzial.

Die ausgewiesenen Werte sind als statische Speicherkapazitäten zu verstehen und unterliegen Unsicherheiten. Sie bilden weder zyklische Betriebsweisen noch geochemische Wechselwirkungen oder wirtschaftliche Detailfragen ab. Gleichwohl verweist die Studie auf das Potenzial poröser Formationen für die untertägige Wasserstoffspeicherung. Insbesondere die bestehenden Erdgasspeicher gelten als gut untersucht, infrastrukturell erschlossen und speichertechnisch erprobt.

Der vollständige Studienbericht „[Statische Speicherkapazitäten für H₂ in Kohlenwasserstofflagerstätten und Gasspeichern. Abschlussbericht zum Arbeitspaket 1 des F&E Projekts SpeicherCheck – Teil 1: Wasserstoff](#)“ ist auf den Internetseiten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums abrufbar.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Enercity schaltet ersten Block des Kohlekraftwerks Stöcken ab



Quelle: Franz Bischof / Enercity

KLIMASCHUTZ. Die Wärmewende in Hannover kommt voran: Enercity hat Block I des Kohlekraftwerks Stöcken abgeschaltet. Die Landeshauptstadt spart so jährlich eine halbe Million Tonnen CO₂ ein.

Mit der Außerbetriebnahme von Block I ist die Hälfte des Steinkohleausstiegs in Hannover bereits geschafft. Zukünftig stammt jede zweite Kilowattstunde Fernwärme aus klimaneutralen Quellen, wie es in einer Unternehmensmitteilung des Versorgers heißt. Hervorgehoben wird darin, dass der Schritt ohne den Neubau eines fossilen Gaskraftwerks gelingt, weil man konsequent auf einen breiten Mix regionaler, erneuerbarer Energiequellen setze.

In gut zwei Jahren soll der Anteil grüner Energie an der Fernwärme von Enercity bis zu 75 Prozent betragen. Ab Mitte der 2030er Jahre ist geplant, das verbliebene Gaskraftwerk auf Wasserstoff umzustellen und so den finalen Schritt zur vollständigen Klimaneutralität zu machen.

Die bisher von Block I des Steinkohlekraftwerks erzeugte Wärme wird durch fünf dezentrale Anlagen ersetzt, die vor allem auf nicht mehr recyclefähiges Altholz, Klärschlamm, Abwärme und Biomethan setzen. Insgesamt hat das Energieunternehmen seit 2020 nach eigenen Angaben rund 246 MW thermische Leistung aus erneuerbaren Energien neu realisiert. Weitere Projekte mit mehr als 300 MW sind im Bau oder in Planung.



Niedersachsens Energie- und Umweltminister Christian Meyer, enercity-CEO Aurélie Alemany, enercity-Aufsichtsratsvorsitzende und Hannovers Dezerentin für Wirtschaft und Umwelt Anja Ritschel sowie Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (v.l.) vor dem grün illuminierten Block I.

Quelle: Philipp Sonnack / Enercity

Niedersachsens Energie- und Umweltminister Christian Meyer (Grüne) erklärte dazu: „Mit der Abschaltung des ersten Kohleblocks zeigt Hannover, wie die Wärmewende und Klimaschutz konkret funktionieren. Der Kohleausstieg erfolgt schneller als gesetzlich gefordert. Hannover ist damit Vorbild beim Klimaschutz und der Nutzung erneuerbarer Energien.“ Entscheidend sei jetzt, dass Bund und Länder den Kommunen stabile Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit beim Klimaschutz geben, damit weitere Städte diesem Weg folgen können.

Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) betonte: „Wir schaffen den Kohleausstieg ohne den Umweg über neue fossile Großkraftwerke. Das stärkt die Region, erhöht unsere Unabhängigkeit und macht

Hannover zu einem Vorbild für andere Großstädte. Der Wärmesektor ist einer der größten Hebel für wirksamen Klimaschutz – und wir nutzen ihn konsequent.“

Ab 2028 klimaneutral

Enercity-CEO Aurelie Alemany: „Mit der Stilllegung von Block I wird aus Planung Realität. Wir zeigen, dass ein vorzeitiger Kohleausstieg und die Wärmewende keine Vision sind. Genau deshalb sind klare politische Leitlinien notwendig – wie ein ETS2 (Anm. d. Red.: Emissions Trading System 2 der EU), der transparent macht, was CO2 wirklich kostet und die Investitionen honoriert, die wir heute für die klimaneutrale Wärme von morgen tätigen. Nur mit dieser Klarheit können Unternehmen das Tempo halten, das Deutschland für seine Klimaziele braucht.“

Bereits 2017 hatte Enercity den Ausstieg aus der Kohle beschlossen. Nach der Heizperiode 2027/28 soll auch Block II des Kohlekraftwerks durch klimafreundliche Energieträger ersetzt werden – rund zehn Jahre früher als der von der Bundesregierung beschlossene Zielkorridor 2038.

Für den Ersatz von Block I wurden bisher knapp 400 Millionen Euro investiert. Insgesamt plant der Energieversorger bis 2040 Investitionen in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro, um auch Block II – und damit das gesamte Kohlekraftwerk – durch klimafreundliche Wärmeversorgung zu ersetzen. Dabei ist der technologische Ansatz breit aufgestellt: Neben Biomasse- und Klärschlammverwertung spielen weitere Abwärmennutzungen und Großwärmepumpen eine zentrale Rolle. // VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

EWG darf mehr Thermalwasser fördern



Die EWG-Heizzentrale. Quelle: EWG

GEOTHERMIE. Die Energie-Wende-Garching (EWG) hat die wasserrechtliche Erlaubnis erhalten, ihre Geothermie-Anlage am Hüterweg mit einer höheren Fördermenge zu betreiben.

Das Bergamt Südbayern hat der Energie-Wende-Garching (EWG) die wasserrechtliche Erlaubnis erteilt, ihre Geothermie-Anlage am Hüterweg nördlich von München mit einer Fördermenge von 150 Litern pro Sekunde zu betreiben – 50 Prozent mehr als bisher genehmigt, teilte das Unternehmen am 3. März mit. Die EWG kann damit neue Kunden an das Fernwärmenetz anschließen.

Im Jahr 2024 hat die EWG die alte Tauchkreiselpumpe durch eine leistungsstärkere Anlage ersetzt. Tauchkreiselpumpen werden in großer Tiefe eingesetzt, um das heiße Thermalwasser aus dem Untergrund an die Oberfläche zu fördern. Die neue Pumpe kann die Fördermenge von bisher 100 auf bis zu 150 Liter pro Sekunde steigern.

Aktuell betreibt die EWG laut eigener Auskunft die Anlage mit 130 Litern pro Sekunde und speist damit erfolgreich 12 MW geothermische Wärme in das Fernwärmenetz ein. Die nun erteilte wasserrechtliche Genehmigung des Bergamts Südbayern ist die behördliche Bestätigung, das volle Potenzial des Garchinger Erdschatzes nutzen zu dürfen: „Diese Genehmigung ist wichtig für die wirtschaftliche Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der EWG“, erklärt Geschäftsführer Linus Diergarten. „Wir können unsere geothermische Leistung weiter ausbauen, neue Kunden anschließen und gleichzeitig noch mehr CO2 einsparen.“

Großwärmepumpen erhöhen Spitzenlast

Parallel zur Leistungssteigerung der Geothermie hat die EWG Ende 2025 in ihrer Heizzentrale „Am

Wiesäckerbach“ zwei Großwärmepumpen in Betrieb genommen, teilte der Versorger weiter mit. Sie nutzen die verbleibende Wärme des Thermalwassers, bevor es in den Boden zurückgeführt wird, und heben diese Wärme mittels elektrischen Stroms auf ein für das Fernwärmenetz nutzbares Temperaturniveau.

Ab 2026 versorgen diese Anlagen das Netz in der Mittel- und Spitzenlast mit zusätzlicher Wärme und nutzen die vorhandene Wärmequelle Geothermie. Beide Maßnahmen – die neue Förderpumpe und die Großwärmepumpen – werden durch die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) gefördert.

In einem weiteren Schritt plant die EWG, einen Tagesspeicher zu integrieren. Er soll die täglichen Schwankungen im Wärmebedarf besser ausgleichen und es ermöglichen, überschüssige erneuerbare Wärmeenergie tagsüber und in den Nachtstunden zu speichern und in Spitzenlastzeiten wieder abzugeben.

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

MVV kühlt Käserei



Quelle: Fotolia / Petair

KÄLTETECHNIK. Die B2B-Tochter Enamic des Mannheimer Versorgers MVV realisiert für eine Käserei ein grünes Wärme- und Kältekonzept. Der Erdgasverbrauch der Produktion soll so um 95 Prozent sinken.

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb: MVV Enamic setzt für die Altmark-Käserei Uelzena in Bismark, Sachsen-Anhalt, ein klimafreundliches Wärme- und Kälteprojekt um. Die Anlage, die Ende 2027 in Betrieb gehen soll, wird aus einer NH₃-Kältezentrale mit einer Leistung von 7,4 MW sowie Wärmepumpen mit einer Leistung von bis zu 7,5 MW für die Warmwassererzeugung bestehen. Hinzu kommen sollen drei Eisspeicher und ein 1.000-Kubikmeter-Schichtenspeicher. Die Technik ist so dimensioniert, dass 12.000 kWh Kälteenergie beziehungsweise 23.000 kWh Wärme gespeichert werden können, wie MVV erklärt.

Die Kältezentrale basiert nach Unternehmensangaben auf vier Kolbenverdichtern. Die bei der Kälteerzeugung entstehende Prozesswärme speist die Wärmepumpen. Im Ergebnis verbräuche die Käserei in Zukunft rund 95 Prozent weniger Erdgas, heißt es. Die jährliche CO₂-Einsparung beziffert MVV auf 6.000 Tonnen.

„In Zusammenarbeit mit MVV Enamic haben wir ein Konzept entwickelt, das unsere Anforderungen an Energieeffizienz und Versorgungssicherheit erfüllt und langfristig wirtschaftliche Vorteile bietet“, wird Käserei-Chef Olaf Braumann in einer Mitteilung zitiert. Durch die neuen Anlagen könne die Erzeugung von Wärme und Kälte flexibel am Bedarf und an den Marktpreisen ausgerichtet werden.

MVV Enamic übernimmt den Betrieb und damit auch das Energiemanagement über eine Vertragslaufzeit von zwölf Jahren. Das Projekt wird vom Staat über die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft unterstützt. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Shutterstock / Monkey Business Images

Thermondo und Octopus-Tochter kooperieren beim Smart-Meter-Rollout

SMART METER. Thermondo und der wettbewerbliche Messstellenbetreiber Energy Metering wollen 2026 mehrere Tausend intelligente Messsysteme bei Endkunden installieren.

Thermondo und der wettbewerbliche Messstellenbetreiber Energy Metering haben eine strategische Partnerschaft vereinbart. Ziel sei es, den Einbau intelligenter Messsysteme in Eigenheimen voranzubringen. Für 2026 planen die Unternehmen laut einer Mitteilung der Unternehmen mehrere Tausend Installationen.

Künftig sollen Thermondo-Neukunden bereits vor der Installation einer Wärmepumpe ein intelligentes Messsystem erhalten. Energy Metering übernehme Finanzierung und Einbau. Für den Einbau selbst entstünden keine zusätzlichen Anschaffungskosten. Für den Betrieb fielen die gesetzlich festgelegten Entgelte an: 50 Euro jährlich für das intelligente Messsystem sowie weitere 50 Euro für die Steuerungseinrichtung, heißt es in der Mitteilung.

So wollen die Partner die Grundlage für dynamische Stromtarife und zeitvariable Netzentgelte legen. Thermondo veranschlagt die Einsparungen der Kunden mit dynamischen Tarifen gegenüber Fix-Tarifen mit bis zu 20 Prozent. Die Kooperation baue auf einer Pilotphase mit mehreren Hundert Installationen auf und werde nun bundesweit ausgeweitet.

Laut Thomas Kraker von Schwarzenfeld entgeht den Hausbesitzern ohne intelligentes Messsystem „bares Geld“, da sie in „intransparenten Fixstromtarifen gefangen“ seien. Nun könnten jedoch alle Wärmepumpen-Kunden des Anbieters schnell und kostenfrei einen Smart Meter erhalten, so der Chief Innovation Officer bei Thermondo. Und er verspricht: „Gemeinsam öffnen wir tausenden Eigenheimen die Tür zum Energiemarkt der Zukunft.“

Und Bastian Gierull erklärt, die Energiewende sei ohne Smart Meter nicht machbar. „Obwohl die Technik für Wärmepumpen-Haushalte längst Pflicht ist, geht es in Deutschland bisher kaum voran. Genau deshalb braucht es wettbewerbliche Messstellenbetreiber wie uns“, so der Geschäftsführer von Energy Metering, der gleichzeitig auch Deutschland-Chef von Octopus Energy ist.

Octopus Energy ist über die Metering-Tochter nicht nur wettbewerblicher Messstellenbetreiber. Das Unternehmen bietet unter anderem auch selbst Wärmepumpen und entsprechende flexible Tarife an.

// VON FRITZ WILHELM

^ Zum Inhalt

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

☎ 08152 93 11 88 🌐 www.energiejobs.online

Solaranlagen-Reiniger Sun-X in finanzieller Notsituation



Nichts ist gerade im Reinen bei der Firma Sun-X. Quelle: Sunbrush

WIRTSCHAFT. Eiligst seine Finanzen ins Reine bringen muss der Solaranlagen-Säuberer Sun-X. Das Unternehmen befindet sich im Insolvenzverfahren und sucht nach einem strategischen Investor.

Vor etwa einem Jahr war ein neuer Schritt in der Unternehmensgeschichte perfekt, Sun-X gebar mit dem Partner Sunbotics eine gemeinsame Produktions- und Vertriebstochter für die Reinigung von Solarmodulen (wir berichteten). Seit Februar 2026 ist die Welt der Fraunberger Firma in Unordnung geraten: Sun-X befindet sich im Insolvenzverfahren.

Wie ein Sprecher des Amtsgerichts Landshut auf Anfrage dieser Redaktion bestätigte, habe das Gericht auf Antrag eine vorläufige Insolvenzverwaltung für das Reinigungsunternehmen angeordnet. Den Insolvenzantrag hatte Sun-X nach Angabe des Gerichts bereits am 6. Februar gestellt.

Sun-X verfügt über sieben Beschäftigte und war 2020 in den Markt eingetreten, um mit einer Spezialkonstruktion die flexible Säuberung von Solar-Oberflächen zu ermöglichen. Dabei steht das nicht-stationäre Schienensystem „Sunbotics“ im Mittelpunkt, auf dem ein Reinigungsroboter über die Solaranlage fährt. Zudem sind ein Verschmutzungssensor und ein Algorithmus im Angebot, der den optimalen

Reinigungszeitpunkt bestimmt.

Als Start-up benötigt Sun-X um Geschäftsführer Pascal Liebold offenbar nach wie vor Fremdmittel im nennenswerten Umfang, um sich und sein Geschäftsmodell zu behaupten. Das lässt sich aus der Begründung ablesen, die der vom Amtsgericht Landshut bestellte Insolvenzverwalter in einer der Redaktion vorliegenden Pressemitteilung veröffentlicht hat.

Ein Hauptdarlehensgeber und ein anderer Investor hätten überraschend den Geldhahn zugedreht und auch bereits zugesagte Summen einbehalten, so lässt Rechtsanwalt Marc-Andre Kuhne von der Kanzlei „DKR Kuhne Dr. Raith“ sich in der Mitteilung zitieren.

Die technologische Basis sei solide, das Unternehmen jedoch noch in der teuren Forschungs- und Entwicklungsphase und somit ohne weiteren Geldzufluss von außerhalb kaum liquide zu führen, schreibt er weiter. Dem Insolvenzverwalter obliegt es, den Betrieb während der nun beginnenden Investorensuche aufrecht zu erhalten.

Aktuell erfolgen Produktion und Vertrieb bei Sun-X am bayerischen Standort im gewohnten Umfang. Das Insolvenzgeld sichert zunächst die Bezahlung der Beschäftigten. Als Ziel hat Marc-Andre Kuhne ausgegeben, neue Geldgeber für das Unternehmen zu interessieren und zu gewinnen.

„Wir sehen durchaus reale Chancen für eine übertragende Sanierung,“ sagt der Rechtsanwalt mit Bezug auf vorhandene Patente, Know-how der Belegschaft und internationale Ausrichtung durch bestehende Kooperationen. All dies mache das Unternehmen zu einem „attraktiven Ziel für Investoren aus dem Cleantech-Sektor“. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Statkraft schickt Solarenergie aus Bayern nach Wuppertal



Wuppertals Stadtwerke decken sich mit Statkraft-Energie ein. Quelle: WSW / Frank Gleitsmann

AUFTRAG. Mit Statkraft und Wuppertaler Stadtwerken haben sich ein Erzeuger und ein Lieferant von Ökostrom auf einen langfristigen Abnahmevertrag geeinigt. Profitieren sollen weitere Unternehmen.

Die Gesamtmenge von 18,2 Millionen kWh Ökostrom jährlich ist Gegenstand eines Vertrags von Statkraft und den Wuppertaler Stadtwerken (WSW). Der norwegische Staatskonzern verkauft ihn bilanziell an die WSW-Tochter Energie & Wasser AG.

Der Kontrakt über die langfristige Stromabnahme (Power Purchase Agreement – PPA) hat zunächst eine Laufzeit von drei Jahren, heißt es in einer Mitteilung der Statkraft Germany GmbH. Die Lieferung erfolge seit Jahresbeginn 2026 und ende mit Ablauf des Jahres 2028.

Der Strom stammt aus Sonnenenergie. Zwei Solarparks von Statkraft in Bayern fangen sie ein. Die Höflas 1 und 2 genannten Anlagen verfügen über eine Gesamtkapazität von 17,4 MW und sind seit 2024 in Betrieb. Über diesen wacht die Ökorenta Gruppe als weiteres beteiligtes Unternehmen.

Der Versorger aus dem Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen benötigt diese Mengen an Ökoenergie für seine Industriekunden, in der Mitteilung genannt ist zum Beispiel die Bayer AG. Mit dem Vermeiden von Treibhausgasen einher gehe die Planungssicherheit für alle Beteiligten durch die festgelegte Preisstruktur. Außerdem erfolge der Betrieb der Solarkraftwerke marktbasierend unter Ausschluss einer Förderung durch

das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Statkraft gilt mit seinen 7.000 Beschäftigten als einer der international führenden Produzenten von Strom aus Wasserkraft und bezeichnet sich selbst als Europas größten Erzeuger von erneuerbarer Energie. Die WSW Energie & Wasser AG ist Teil der WSW-Unternehmensgruppe und kommt auf etwa 3.000 Mitarbeitende. // **VON VOLKER STEPHAN**

[^ Zum Inhalt](#)

Total Energies verkauft Teil von deutschem Speicherportfolio an Allianz



Quelle: Fotolia / malp

STROMSPEICHER. Die französische Total Energies veräußert 50 Prozent eines 789-MW-Speicherportfolios in Deutschland an Allianz Global Investors.

Total Energies hat eine Vereinbarung mit Allianz Global Investors (Allianz GI) über den Verkauf eines 50-Prozent-Anteils an einem Portfolio mit 11 Batteriespeicherprojekten in Deutschland unterzeichnet. Die Anlagen verfügen über eine Gesamtkapazität von 789 MW beziehungsweise 1.628 MWh. Nach Angaben des Unternehmens beläuft sich das Gesamtinvestitionsvolumen für die 11 Projekte auf rund 500 Millionen Euro. Etwa 70 Prozent davon sollen über Fremdkapital finanziert werden.

Die Projekte befinden sich derzeit im Bau und sollen bis 2028 vollständig in Betrieb gehen. Entwickelt wurden sie von Kyon Energy, einer Tochtergesellschaft von Total Energies. Ein Großteil der Anlagen soll mit Batterien der nächsten Generation ausgestattet werden, die von Saft geliefert werden, ebenfalls eine Tochtergesellschaft des französischen Energiekonzerns. Total Energies bleibt Betreiber der Speicher.

Die einzelnen Speicherprojekte reichen von 12 MW mit einer Kapazität von 28 MWh bis zu 147 MW mit 296 MWh und sind über ganz Deutschland verteilt. Insgesamt fünf der elf Projekte haben eine Leistung über 100 MW.

Mit den Batteriespeichern sollen Netzengpässe reduziert und zusätzliche Flexibilität im Stromsystem bereitgestellt werden. Ziel sei es, das weitere Wachstum erneuerbarer Energien in Deutschland zu unterstützen. Batteriespeicher gelten als zentrale Infrastruktur, um schwankende Einspeisung aus Wind- und Solarenergie auszugleichen und das Stromsystem zu stabilisieren.

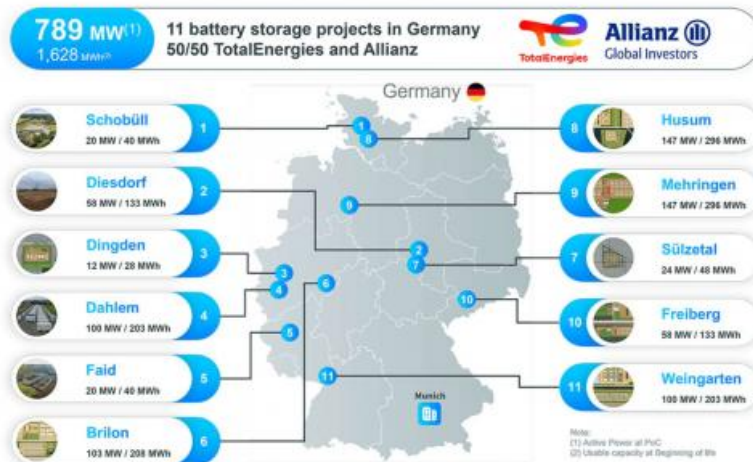
Erstes direktes Equity-Engagement der Allianz in Speicherportfolio

Deutschland zählt für Total Energies nach eigener Aussage zu den strategisch wichtigen Märkten im Strombereich. Das Unternehmen ist dort entlang der gesamten Wertschöpfungskette im Stromsegment aktiv – von der Entwicklung von Windkraft- und Solarprojekten über flexible Assets wie Batteriespeicher bis hin zu Trading und Aggregation.

Stephane Michel, President Gas, Renewables & Power bei Total Energies, erklärte, die Transaktion ermögliche es, die Kapitalallokation in den integrierten Stromaktivitäten zu optimieren und die Profitabilität zu verbessern. Zugleich stärke sie die Position im deutschen Markt, dem größten Strommarkt Europas. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf ein kürzlich unterzeichnetes 200-MW-PPA mit Airbus.

Edouard Jozan, Head of Private Markets bei Allianz Global Investors, bezeichnete die Investition als erstes direktes Equity-Engagement von Allianz in ein Portfolio von Batteriespeicherprojekten. Eine leistungsfähige

Infrastruktur sei eine Voraussetzung für den Übergang zu sauberer Energie. Die elf Projekte mit einer Kapazität von 789 MW nach Fertigstellung würden zur Stärkung der Energie-Resilienz beitragen, die Energiewende unterstützen und langfristigen Mehrwert für Kunden schaffen.



Gemeinsames Batteriespeicher-Portfolio von TotalEnergies und AllianzGI (zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: TotalEnergies

Der Abschluss der Transaktion steht unter dem Vorbehalt der üblichen behördlichen Genehmigungen und vertraglichen Bedingungen.

Allianz Global Investors verwaltet an 21 Standorten weltweit nach eigenen Angaben ein Vermögen von 591 Milliarden Euro.

Total Energies entwickelt in Deutschland ein 2-GW-Batteriespeicherportfolio mit Kyon Energy, außerdem ein Offshore-Windportfolio mit einer Gesamtleistung von 7,5 GW in der Nord- und Ostsee sowie ein 7-GW-Portfolio aus Solar- und Onshore-Windprojekten. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

SW Quedlinburg verpflichten zweiten Geschäftsführer



Quelle: Stadtwerke Quedlinburg

PERSONALIE. Ab 1. Juli übernimmt Torsten Beyer als Geschäftsführer die Leitung für Technik und Personal bei den Stadtwerken Quedlinburg.

Nach Angaben der Weltebestadt Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) wird Torsten Beyer zum Geschäftsführer für Technik und Personal bestellt. Er soll sein Amt am 1. Juli 2026 antreten. Dies hatten der Aufsichtsrat des kommunalen Unternehmens beschlossen und die Gesellschafter des kommunalen Unternehmens mit der Bestellung beauftragt.

Beyer wird die Geschäftsführung gemeinsam mit dem aktuell alleinigen Geschäftsführer Eiko Fliege durchführen, der zukünftig für die Finanzen und den Vertrieb verantwortlich sein wird.

Beyer kommt von den Stadtwerken Staßfurt, wo er seit knapp 30 Jahren tätig war. Dort verantwortet er über 16 Jahre den Bereich Technik und war für viele verschiedene Großprojekte verantwortlich. Er war zuvor in verschiedenen leitenden Funktionen tätig.

Der Beschluss, ihn an Bord zu holen fiel Mitte Dezember einstimmig. Der Dienstvertrag wurde Ende Dezember abgeschlossen und durch den Aufsichtsrat im Februar 2026 bestätigt. Die neue Aufgabe ermögliche es, Torsten Beyer, technisches Fachwissen mit einer starken, mitarbeiterorientierten Führungsphilosophie zu verbinden. Ziel der SW sei eine zukunftsfähige, stabile Versorgung mit Fokus auf Effizienz, Sicherheit und Mitarbeiterzufriedenheit.



Torsten Beyer, zweiter Geschäftsführer Technik und Personal
Quelle: SW Quedlinburg

Querelen mit der Belegschaft beilegen

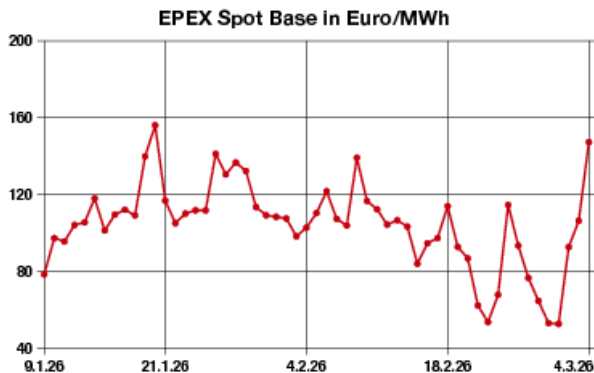
Im September 2025 hatte der Aufsichtsrat der SW Quedlinburg beschlossen, die Geschäftsführung zu erweitern (wir berichteten). Stadtwerke-Chef Eike Fliege war im Unternehmen stark in die Kritik geraten. In einem offenen Brief hatte die Belegschaft im März 2025 seine Abberufung gefordert. Ein Schlichtungsversuch des Aufsichtsrats war gescheitert. Als Maxime für die Personalentwicklung nennt die Stadt „eine faire Führung, Entwicklung und Motivation der Mitarbeitenden sowie Förderung einer kooperativen und leistungsorientierten Unternehmenskultur.“

Fliege, der seit 2021 Geschäftsführer in Quedlinburg ist, soll nun noch für den kaufmännischen Bereich und den Vertrieb zuständig sein, sagte damals Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) der Mitteldeutschen Zeitung. Fliege soll dafür verantwortlich sein, dass Mitarbeitende sich aus dem Unternehmen verabschiedet hatten. Beyer soll nun für bessere Stimmung sorgen. // VON SUSANNE HARMSEN

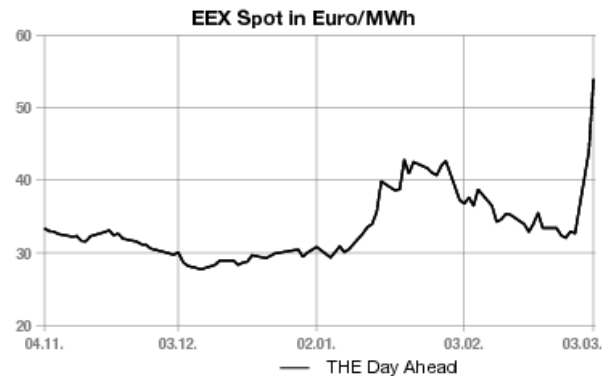
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Iran-Krieg treibt Energiemärkte weiter an



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Die Eskalation im Nahen Osten hat den Energiemärkten am Dienstag eine ausgeprägte Rally beschert. Strom sprang im kurzfristigen Handel zweistellig an, auch das Cal 27 zog kräftig an. Preistreiber beim Day-ahead war die Erwartung deutlich unterdurchschnittlicher Windstrom-Mengen. Am CO₂-Markt folgten die Preise nun ebenfalls dem bullischen Umfeld und legten spürbar zu.

Massive Aufschläge verzeichnete erneut Erdgas: Der TTF-Frontmonat kratzte an der Marke von 60 Euro, gestützt durch die faktische Blockade der Straße von Hormus und Produktionsausfälle in Katar. Kohle und Öl zogen im Sog der geopolitischen Risiken weiter an, da ein signifikanter Teil der globalen Öl-Lieferungen durch das Nadelöhr am Persischen Golf läuft. Die Märkte preisen damit ein erhebliches Angebotsrisiko ein.

Strom: Mit teils deutlichem Plus hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Dienstag präsentiert. Der Day-ahead gewann 41,00 auf 147,75 Euro je Megawattstunde im Base und 38,50 auf 142,25 Euro je Megawattstunde im Peak.

Die Meteorologen von Eurowind stellen für den Mittwoch einen Rückgang der Erneuerbaren-Einspeiseleistung in Aussicht. Für Donnerstag wird zwar ein Anstieg der Einspeiseleistung erwartet, anschließend dürfte diese sich aber eher auf einem moderaten Niveau bewegen.

Das US-Wettermodell sieht bis etwa zum 18. März eine durchgehend deutlich unterdurchschnittliche Wind-Einspeiseleistung. Die Temperaturen dürften sich in diesem Zeitraum im deutlich überdurchschnittlichen Bereich bewegen.

Am langen Ende verteuerte sich das Strom-Cal-27 um 5,65 auf 88,14 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Mit deutlichem Plus haben sich die CO₂-Preise am Dienstag präsentiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 14.00 Uhr 2,99 auf 73,56 Euro je Tonne. Nachdem sich der Benchmark-Kontrakt zum Start in die neue Woche noch weitgehend unbeeindruckt von den Aufwärtsimpulsen der umliegenden Märkte gezeigt hatte, ging es am Dienstag für den Dec 26 ebenfalls kräftig nach oben. Kurzfristig dürfte auch der CO₂-Markt nun vor allem von den Nachrichten aus dem Nahen Osten getrieben werden.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben ihren Aufwärtstrend am Dienstag fortgesetzt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 14.00 Uhr 16,10 auf 60,00 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es um 15,950 auf 56,50 Euro je Megawattstunde nach oben.

Gegenüber Freitag liegt der Aufschlag damit bei etwa 40 Prozent. Die Erdgaspreise werden im Iran-Krieg gleich doppelt befeuert: Zum einen wird normalerweise sehr viel Flüssiggas durch die aktuell extrem unsichere Seestraße von Hormus transportiert. Ein iranischer Kommandeur hat damit gedroht, jedes Schiff anzugreifen, das die Straße von Hormus durchquert.

Dieser Schritt könnte etwa ein Fünftel der weltweiten Ölversorgung unterbrechen. „Die Meerenge ist geschlossen. Wenn jemand versucht, sie zu passieren, werden die Helden der Revolutionsgarden und der regulären Marine diese Schiffe in Brand setzen“, sagte Ebrahim Jabari, ein hochrangiger Berater des Oberbefehlshabers der Garden.

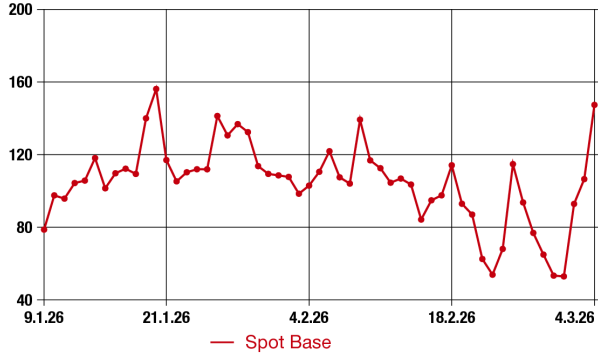
Ob der Iran dieses wichtige Nadelöhr auf See nun sperrt oder nicht, spielt laut Beobachtern kaum eine Rolle. Denn viele Reedereien durchfahren die Seestraße aktuell ohnehin aufgrund der Risiken nicht. Zum anderen hat Katar die Produktion von Flüssiggas eingestellt, nachdem zwei iranische Drohnen abgefangen worden sind, die auf eine zentrale Energieanlage gezielt hatten. Die Anlage im Industriegebiet Ras Laffan beherbergt ein wichtiges LNG-Drehkreuz für Katar, einen der weltweit führenden Exporteure des Brennstoffs, der fast 20 Prozent des globalen LNG-Bedarfs deckt. // [VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

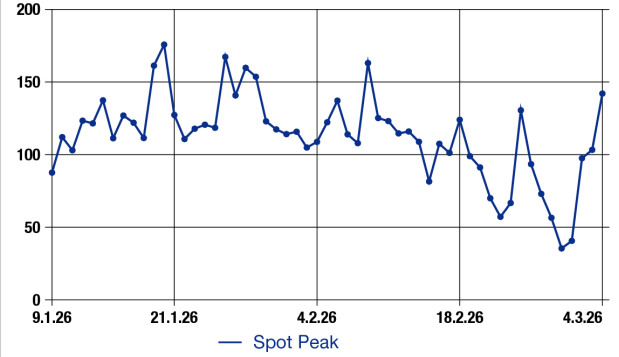
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

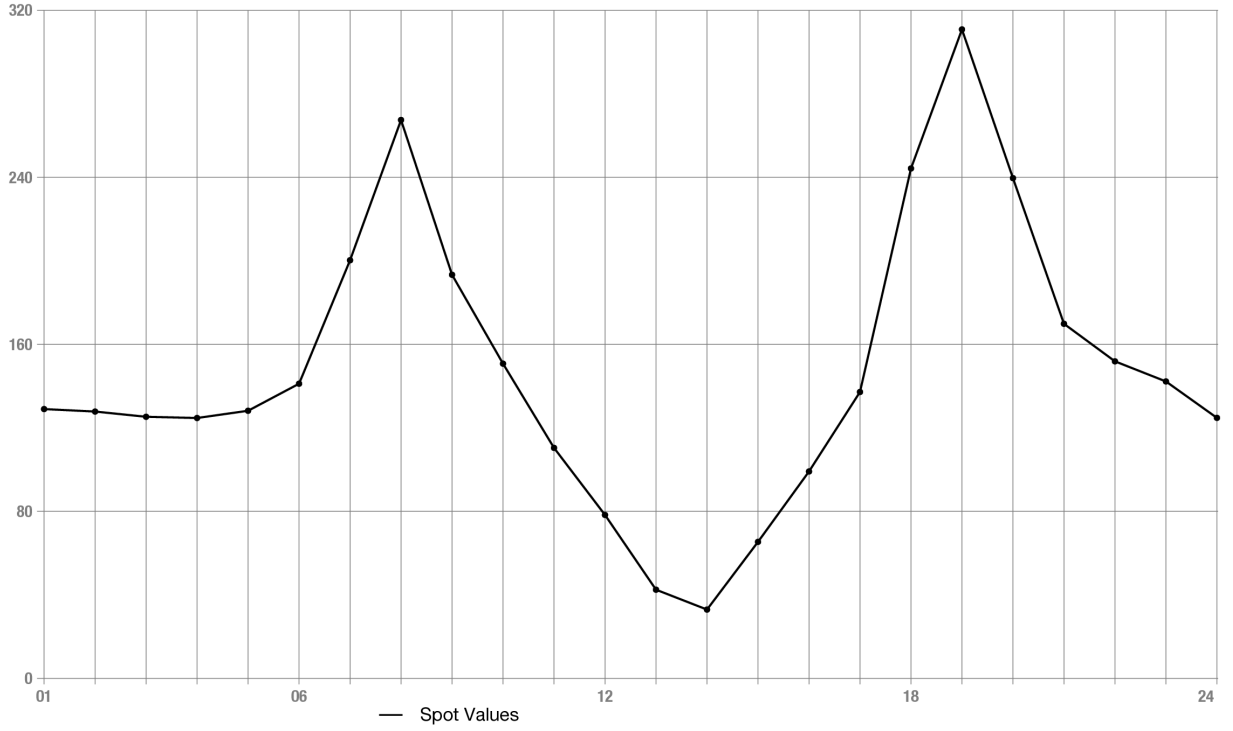
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

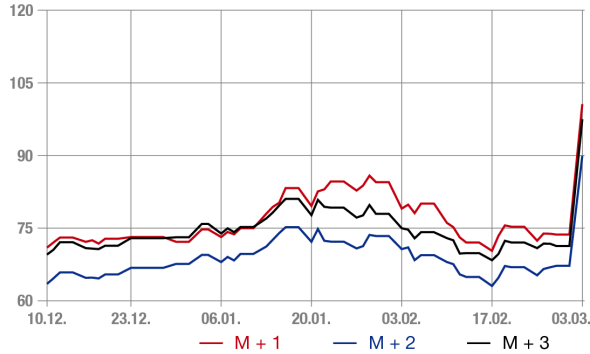
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	03.03.26	German Power Apr-2026	100,60
M2	03.03.26	German Power Mai-2026	89,94
M3	03.03.26	German Power Jun-2026	97,47
Q1	03.03.26	German Power Q2-2026	95,94
Q2	03.03.26	German Power Q3-2026	100,81
Q3	03.03.26	German Power Q4-2026	114,62
Y1	03.03.26	German Power Cal-2027	87,48
Y2	03.03.26	German Power Cal-2028	76,37
Y3	03.03.26	German Power Cal-2029	73,19

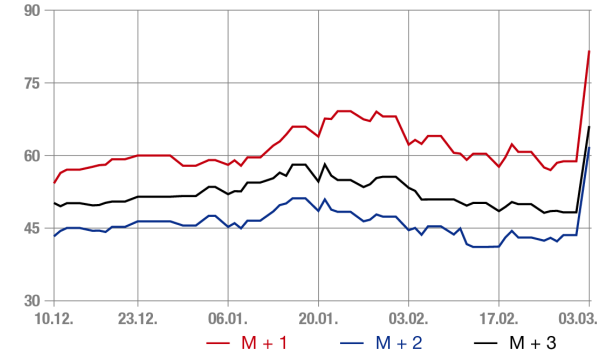
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	03.03.26	German Power Apr-2026	81,67
M2	03.03.26	German Power Mai-2026	61,77
M3	03.03.26	German Power Jun-2026	66,07
Q1	03.03.26	German Power Q2-2026	69,96
Q2	03.03.26	German Power Q3-2026	91,81
Q3	03.03.26	German Power Q4-2026	136,82
Y1	03.03.26	German Power Cal-2027	92,45
Y2	03.03.26	German Power Cal-2028	81,74
Y3	03.03.26	German Power Cal-2029	79,00

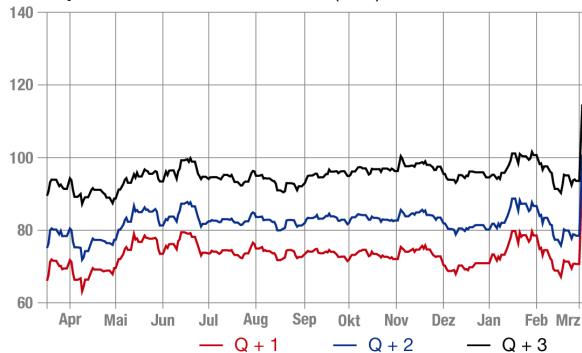
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



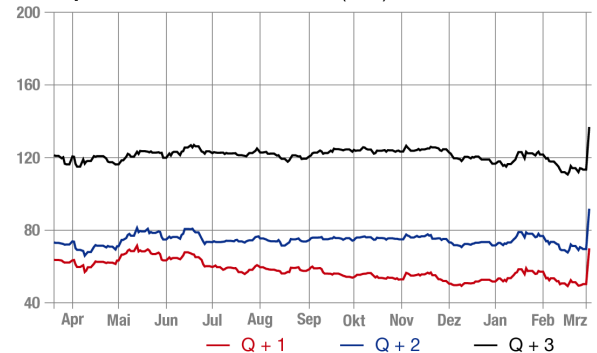
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



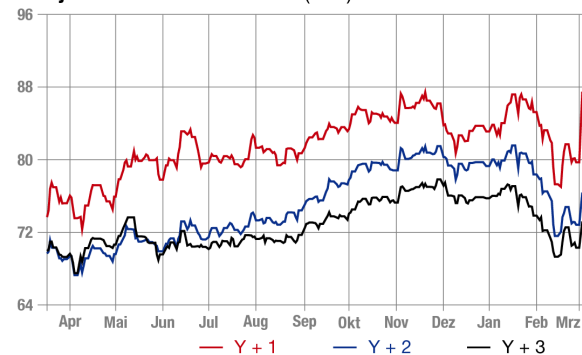
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



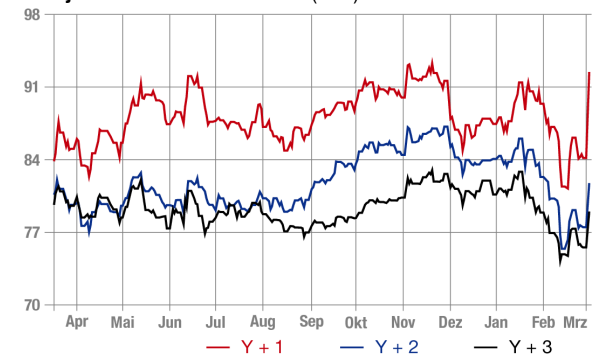
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



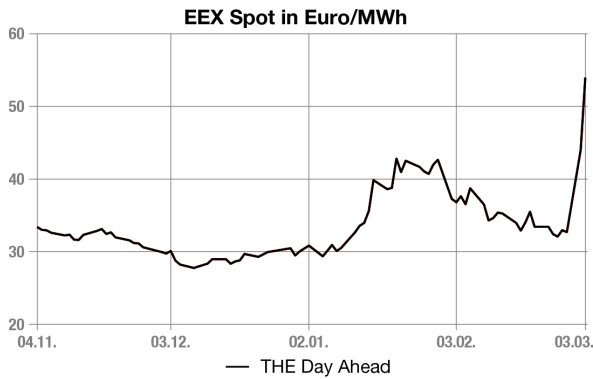
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



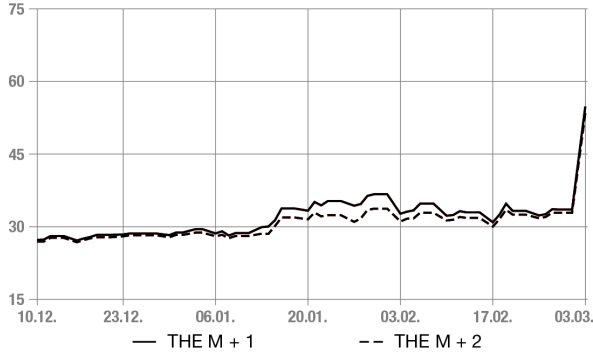
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

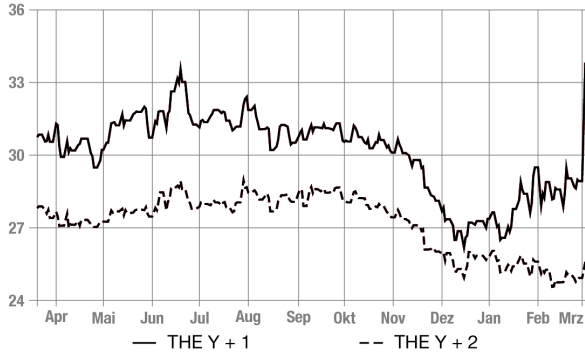
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	03.03.26	German THE Gas Apr-2026	54,81
M2	03.03.26	German THE Gas Mai-2026	53,46
Q1	03.03.26	German THE Gas Q2-2026	53,45
Q2	03.03.26	German THE Gas Q3-2026	49,37
S1	03.03.26	German THE Gas Win-2026	45,32
S2	03.03.26	German THE Gas Sum-2027	31,79
Y1	03.03.26	German THE Gas Cal 2027	33,82
Y2	03.03.26	German THE Gas Cal 2028	25,59



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



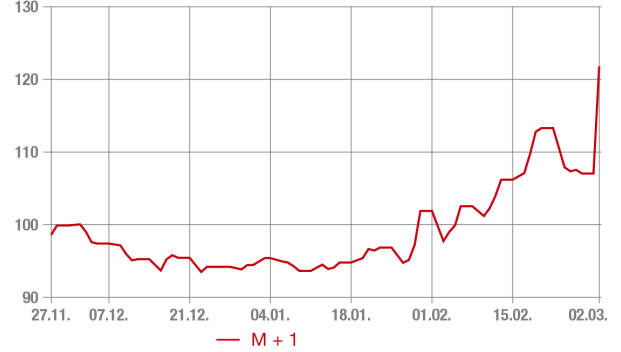
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	03.03.26	147,40	EUR/MWh
Germany Spot peak	03.03.26	142,06	EUR/MWh
EUA Apr 2026	02.03.26	69,45	EUR/tonne
Coal API2 Apr 2026	02.03.26	121,80	USD/tonne

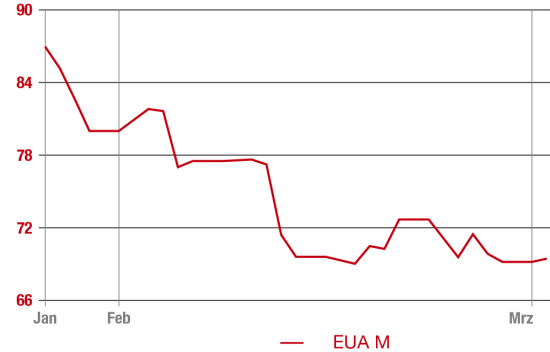
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	03.03.26	53,98	EUR/MWh
German THE Gas Apr-2026	03.03.26	54,81	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	03.03.26	33,82	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mai-2026	03.03.26	80,90	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d) Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Geschäftsführer (M/W/D)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer (M/W/D) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeprojekt...

in Hamburg

27.01.2026

Vorstand/Geschäftsführung Festanstellung / Angestellter Homeoffice / Weiterbildung /
Mobilitätzuschuss / Mitarbeitererevents



Erfahrener Landschaftsplaner/-ökologe (m/w/d) für Onshore-Windenergieprojekte

Deine Energie, deine Zukunft, dein Job bei wpd. Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- u...

in Greven

vor 1 h

Freie Mitarbeit



Projektmanager für Wasserstoff (m/w/d)

Projektmanager für Wasserstoff (m/w/d) Zukunft gestalten. Gemeinsam arbeiten. Zusammen wachse...

in Leipzig

vor 1 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung



CallCenter Agent (m/w/d) - Outbound Fundraising in Hamburg

Der Kunde ist ein innovatives Unternehmen, das sich auf Fundraising-Projekte für gemeinnützige Orga...




in Hamburg (+2 weitere Standorte)




vor 1 h



Freie Mitarbeit




[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)



IHRE E&M REDAKTION:



Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting
  




Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung
  




Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität
 

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE
  

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke
 

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie
 

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung
  



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke
  









Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**
 

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan
Manfred Fischer
 Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**
 

 Über E&M	 E&M Anzeigen-Vertrieb	 E&M Mediadaten	 E&M Zeitung
 E&M Termine	 E&M Shop	 E&M Firmendatenbank	 E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

